«Die Reichen müssten bis 67 arbeiten»

Pascal Couchepin plädiert für ein nach Einkommen abgestuftes Rentenalter. Und er erwägt, den Leistungskatalog der Krankenkassen einzuschränken.

Mit **Bundesrat Pascal Couchepin sprachen René Lenzin und Iwan Städler**

Herr Couchepin, vor genau einem Jahr hat das Parlament die Zauberformel gesprengt. An Stelle der abgewählten Ruth Metzler und des zurückgetretenen Kaspar Villiger zogen Christoph Blocher und Hans-Rudolf Merz in die Landesregierung ein. Was hat sich dadurch verändert?

Es gab keine Revolution. Aber natürlich hängt immer alles von den Menschen ab.

Haben sich diese im Bundesrat unterdessen gefunden?

Die Integration ist immer schwierig, wenn gute Köpfe hinzukommen. Das habe ich schon bei Micheline Calmy-Rey gesagt, was mir viele böse Briefe beschert hat. Ich meine es aber wirklich so. Auch ich war nicht ganz einfach zu integrieren.

Und Christoph Blocher?

Die Integration ist gelungen – zumindest, was das Menschliche betrifft.

In der Sache nicht?

Es ist normal, dass wir nicht überall gleicher Meinung sind. Die Bundesräte gehören ja verschiedenen Parteien an. Es ist aber nicht so, dass es deshalb persönliche Probleme gibt.

> «Die Integration von Christoph Blocher ist gelungen – zumindest menschlich.»

Sie haben Christoph Blocher vorgeworfen, seine Haltung sei eine Gefahr für die Demokratie. Bereuen Sie das heute?

Nein, sicher nicht. Jenes Interview war sehr gut. Ich wollte nicht Christoph Blocher persönlich angreifen, sondern meine Vorstellung von Demokratie erläutern: Das Volk ist die Quelle der Macht. Es hat sich aber selbst für Gegengewichte entschieden, damit die Minderheiten geschützt sind.

Was ist für Sie schlimmer: Wenn man «Couchepine» sagt oder andeutungsweise ein Bild von Christoph Blocher anpinkelt?

Ich werde solche Dummheiten nicht kommentieren und bedaure, dass Sie das Interview auf diesem Niveau führen.

Die Verhunzung Ihres Namens scheint Sie stärker geärgert zu haben als die Theaterszene um Christoph Blocher.

Nochmals: Ich bedaure, dass Sie auf diesem Niveau ein Interview führen. Die nächste Frage bitte.

Eigentlich hätten die SVP und die FDP mit insgesamt vier Vertretern die Mehrheit im Bundesrat. Die SVP wirft Ihnen aber vor, die Dominanz dieses Blocks zu vereiteln.

Wie will die SVP wissen, wie wir im Bundesrat abstimmen? Die Verhandlungen sind geheim.

Dennoch sickert ab und zu etwas durch. Es entsteht der Eindruck, Sie hätten einen Rollenwechsel vollzogen: vom Neoliberalen, der sich überall einmischt, zum Mehrheitsbeschaffer, der sich mal für die Linke, mal für die Rechte entscheidet.

Was heisst neoliberal? Entweder ist man liberal oder nicht. Das heisst, man ist für die Freiheit oder dagegen.

Haben Sie einen Rollenwechsel vollzogen?

Ich bin derselbe geblieben. Geändert haben einzig die Vorurteile. Es wäre aber sicher schlecht für die Kollegialität, wenn es einen Block gäbe.

Warum?

Weil die Konkordanz der Versuch ist, mit verschiedenen Parteien gemeinsam Lösungen zu erarbeiten. Gäbe es eine Mehrheit, die systematisch obsiegt, bräuchte man die anderen Bundesräte nicht mehr. Das Parlament und das Volk wollen aber die Beteiligung aller wichtigen politischen Kräfte im Bundesrat. Man darf in einer direkten Demokratie nicht übertreiben, sonst erreicht man nichts.

Vor zwei Jahren haben Sie vom Volkswirtschafts- ins Innendepartement gewechselt. Ein Fehler?

Sicher nicht. Ich bin nicht immer glücklich, aber trotzdem froh, dass ich dieses Departement übernommen habe.

Sie haben nun deutlich mehr zu tun als vorher, als Sie sich ausgiebig mit den Geschäften anderer Bundesräte befassen konnten.

Tatsächlich ist vieles schwieriger. Aber das macht es auch interessant. Und ich habe schon einiges erreicht: Wir haben die Militärversicherung zur Suva transferiert, das Staatssekretariat für Bildung und Forschung geschaffen und die Krankenversicherung ins Bundesamt für Gesundheit integriert. Das Prämienwachstum ist gebremst, und die Krankenkassen sind finanziell saniert.

Aber die grossen Projekte sind gescheitert: Das Krankenversicherungsgesetz im Parlament und die AHV-Revision vor dem Volk.

Letztlich könnte man das Scheitern des KVG als Glücksfall betrachten. Sonst hätten wir wohl eine Volksabstimmung und damit zwei Jahre verloren. Stattdessen konnten wir neue Vorschläge machen, die jetzt im Parlament diskutiert werden. Das Nein des Volks zur 11. AHV-Revision ist

dagegen eine Niederlage, das stimmt. Aber damit muss man als Politiker leben können.

Wenn Sie nicht schnell etwas unternehmen, wird der AHV-Fonds bald leer sein.

Deshalb muss es gelingen, die IV zu sanieren und die AHV den neuen demografischen Bedingungen anzupassen.

Woran denken Sie konkret?

Solange die Arbeiten der Expertenkommission im Gang sind, möchte ich mich nicht äussern. Aber an der Erhöhung des Rentenalters und zusätzlichen Einnahmen führt kein Weg vorbei.

Das Volk lehnte zusätzliche Einnahmen ab.

Dann bleibt nur die Reduktion der Renten, was ich nicht möchte.

Wäre die Einführung der Lebensarbeitszeit eine Lösung?

Das würde den Frauen schaden. Will man diesen Nachteil korrigieren, braucht es derart viele Ausnahmen, dass es nichts mehr mit der Lebensarbeitszeit zu tun hat.

Und die Abstufung des Rentenalters nach Einkommen?

Ich bin gerne bereit, diese Idee auf dem Ideenmarkt zu präsentieren. Für Normalverdiener läge das Rentenalter bei 66 Jahren. Leute mit sehr kleinem Einkommen könnten sich dagegen bereits mit 64 pensionieren lassen. Und die Reichen müssten bis 67 arbeiten. Wollen auch sie sich früher pensionieren lassen, müssten sie eine Rentenkürzung in Kauf nehmen. Mit diesem Opfer der gut Verdienenden würde ich gerne den sozialen Frieden erhalten.

Ist das Sparen bei den Witwenrenten vom Tisch?

Es hat sich als nicht sehr populär erwiesen und ist deshalb nicht prioritär. Aber vom Tisch ist es nicht.

Bis wann werden Sie Ihre Vorschläge präsentieren?

Wünschbar wäre, dass wir sie Mitte nächsten Jahres in die Vernehmlassung geben können. Dauert es länger, fällt die Abstimmung ins Wahljahr 2007, und das wäre wahrscheinlich schwierig. Wir sollten Ende 2006 abstimmen können.

Sie sind ein gebranntes Kind: Im letzten Wahljahr haben Sie die Debatte über Rentenalter 67 lanciert.

Es war ein Fehler von mir zu glauben, dass die Leute zu diskutieren bereit sind, wenn man langfristig plant. Mein Vorschlag wurde sofort missbraucht. Aus dieser Erfahrung muss ich die Lehren ziehen.

Und was gedenken Sie gegen den ungebremsten Anstieg der Gesundheitskosten zu unternehmen?

Die Kosten werden als Folge der Alterung und des technischen Fortschritts weiter steigen. Man sollte sich aber fragen, ob alle Leistungen nötig sind.

Was könnte man weglassen?

Im Gespräch mit Ärzten habe ich von mehreren Leistungen gehört. Ich möchte jetzt aber noch nichts Konkretes dazu sagen.

Sie wollen auch den Vertragszwang zwischen Krankenkassen und Ärzten aufheben. Darüber diskutiert das Parlament schon seit bald fünf Jahren – ohne Resultat.

Als Volkswirtschaftsminister habe ich auch geglaubt, die Aufhebung der staatlichen Milchkontingentierung sei zwar richtig, aber unmöglich umzusetzen. Und plötzlich geschah es trotzdem. In der Politik ist es sehr wichtig, den richtigen Moment für solche Entscheide zu finden. Ich bin aber realistisch und sehe, dass die Aufhebung des Vertragszwangs schwierig sein wird.

Muss der Ärztestopp definitiv eingeführt werden, wenn das Vorhaben misslingt?

Dann sehe ich tatsächlich keine andere Lösung als eine staatliche Planung.

Wollen Sie all diese Reformen durchbringen, müssen Sie noch lange im Bundesrat bleiben.

Ich werde wohl nicht alles schaffen.

Was möchten Sie unbedingt erreichen?

Die Hochschullandschaft 2008, die Reform des KVG und mindestens die Hälfte des Weges zur nächsten AHV-Revision.

Also bleiben Sie noch ein paar Jahre.

Das werden wir sehen. Ich bin gewählt bis 2007.